

Der Zoo Zürich hat zwei Familienzweige der Elefanten getrennt – jetzt ist Ruhe **SEITE 20**

Winterthur verkomme zur Schlafstadt, finden die Grünliberalen und wollen dies per Initiative ändern **SEITE 21**

«Unlauterer» Kampf gegen das Asylgesetz

Die Wädenswiler FDP-Stadträtin Astrid Furrer legt sich im Hauseigentümergebiet mit der SVP an

Sie ist eine linientreue Freisinnige, die in der Sozialpolitik Fuss gefasst hat. Nun geht Astrid Furrer als Sektionspräsidentin des Hauseigentümergebietes in die Offensive und prangert den SVP-Kampf gegen die Asylgesetzrevision an.

DOROTHEE VÖGELI

Um die Asylgesetzrevision zu bodigen, malt die SVP das Gespenst staatlicher Enteignung an die Wand. «Gerade im Kanton Zürich mit seinen bereits bestehenden Bundeszentren und dem Ausschaffungsgefängnis ist ein solches Szenario absolut unwahrscheinlich», sagt Astrid Furrer. Die charmante FDP-Politikerin mit Toggenburger Wurzeln ist Präsidentin der Sektion Wädenswil-Schönenberg-Hütten des Hauseigentümergebietes (HEV). Vor zwei Jahren wurde sie in den Kantonsrat gewählt. Dort avancierte sie schnell zur sozialpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion und sorgte nach einem wüsten internen Richtungsstreit, an dem sie selber nicht beteiligt war, für einen unaufgeregten, lösungsorientierten Kurs. Dieser kollidiert mit vielen sozial- und ausländerpolitischen Positionen der SVP.

«Das grenzt an Missbrauch»

Ein Beispiel ist die Asylgesetzrevision. Was Furrer besonders verärgert, ist die von der SVP angezettelte Instrumentalisierung der HEV-Mitglieder. «Das grenzt an Missbrauch», hält sie empört fest. Wie die meisten Hausbesitzer sei sie dem Verband aus versicherungstechnischen Gründen beigetreten – und nicht um parteipolitische Meinungen mitzutragen. Aufgebracht ist nicht nur Furrer. Viele Mitglieder goutierten die Abstimmungspropaganda auf ihrem Buckel nicht, sagt sie. Nach Absprache mit dem Vorstand hat Furrer deshalb beschlossen, ihren Ärger öffentlich kundzutun. «Es braucht Bundeszentren», hält sie fest. Die Hürden für Enteignungen seien dermassen hoch, dass dieses Gegenargument absurd sei.

Weshalb ist ihr die Asylgesetzrevision so wichtig? Die Beschleunigung der



Sachorientiert und kämpferisch: Sozialvorsteherin Astrid Furrer.

KARIN HOFER / NZZ

Verfahren komme allen zugute, den Asylsuchenden und vor allem auch den Gemeinden: Nach einem positiven Entscheid könnten diese umgehend mit der Integration beginnen. Dies sagt sie als Sozialvorsteherin der 21 000 Einwohner zählenden Stadt Wädenswil, in der 148 Asylsuchende leben. Wegen der vielen freiwilligen Angebote aus der Bevölke-

rung haben die Behörden inzwischen eine Koordinationsrolle für Sprachkurse und Begleitungen von Flüchtlingen im Alltag übernommen.

Vehement plädiert Furrer dafür, den beruflichen Zugang für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene zu vereinfachen. Und sie sieht das gezielte Coaching von Flüchtlingen im

Arbeitsmarkt und den Aufbau entsprechender professioneller Strukturen als staatliche Aufgabe. Zudem sollten ihres Erachtens Arbeitgeber, die Flüchtlinge integrieren, für den Mehraufwand entschädigt werden, und zwar mit den Integrationspauschalen des Bundes.

Besonders im Vergleich zu anderen Ländern stehe die Schweiz mit ihrer Flüchtlingspolitik nicht schlecht da, sagt sie. «Die Schweiz hält die Balance zwischen dem Ziel, nicht zu attraktiv zu sein, und gleichzeitig der humanitären Tradition gerecht zu werden.» Die Unterscheidung von Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen erachtet sie jedoch als schwierig: «Ist jemand, der wegen eines Kriegs jahrelang in einem Flüchtlingslager ausserhalb seines Landes lebt und ob der misslichen Bedingungen zu uns kommt, nun ein Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtling?» Einfache Lösungen wie Abschottung und Stacheldraht lehnt sie auf alle Fälle vehement ab.

Sozialpolitik statt Weinkunde

Furrer ist eine Pragmatikerin, und sie liebt es, Lösungen für vielschichtige Probleme zu finden. Deshalb sei ihr die Exekutivarbeit näher als das «Herumpoltern» im Kantonsrat, hält die 48-Jährige fest. Gebrauchen kann sie bei jener ihren analytischen Verstand, der auch ihr Berufsleben prägt. Furrer absolvierte in Wattwil das Gymnasium mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Profil und lernte technische Operationsassistentin. Später machte sie ihr Hobby zum Beruf und studierte Önologie. Vor 15 Jahren zog sie mit ihrem Mann, einem Arzt, nach Wädenswil, zwei Kinder kamen zur Welt. Um Anschluss in der Gemeinde zu finden, trat sie 2004 in die FDP ein. Eine andere Partei wäre für sie nie infrage gekommen, zu sehr ist sie vom klassischen liberalen Geist beseelt. «Die Eigenverantwortung hochhalten, unterstützen nur dort, wo's anders nicht geht», lautet ihre Devise – auch als Sozialvorsteherin. Dass dies im Einzelfall nicht immer leicht zu entscheiden ist, weiss sie inzwischen aus Erfahrung.

Sie, die sich leidenschaftlich für Rebberge, für Schnitt- und Lagertechniken bis hin zur Vermarktung von Wein interessiert, hat sich bis vor zwei Jahren kaum mit Sozialpolitik befasst. Doch dann

spülte es die einst erfolgreiche Leistungssportlerin in die Politik, schweren Herzens gab sie ihre Stelle als Weinbaudozentin auf. Der frisch gewählten Stadträtin übertrug man das Soziale, ihre Kollegen in der Kantonsratsfraktion erkannten sofort ihre Talente. Dazu zählt sie selber, keine Berührungängste zu haben – weshalb sie sich für das frei werdende Co-Präsidium der kantonalen Sozialkonferenz in Stellung brachte.

Ihre Wahl war ein Befreiungsschlag für die FDP nach einem monatelangen Gezänk um die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos), das die beiden FDP-Kantonsrätinnen Linda Camenisch und Gabriela Winkler entzweit hatte. Die Skos-kritische Linda Camenisch versuchte mit einer wilden Kandidatur Gabriela Winkler, die amtierende Präsidentin der kantonalen Sozialkonferenz, zu stürzen, um das Fachgremium in politisch SVP-nahe Gewässer steuern zu können. Der Angriff scheiterte. Nach Winklers offiziellem Rücktritt überliess Camenisch ihrer Parteikollegin Furrer das Feld. Diese ist wie ihre Vorgängerin eine Verfechterin der Skos-Richtlinien. «Es braucht sie, weil es richtigerweise keine nationale Gesetzgebung gibt. Die Richtlinien sind ideal, weil sie sehr dynamisch sind; das Prinzip von Sanktionen und Anreizen ist sinnvoll», sagt sie. Auch die Kritik, die Richtlinien seien zu lasch, teilt Furrer nicht. Aber sie räumt ein: «Wegen des grossen Spielraums ist die Umsetzung im Einzelfall nicht so einfach.» Nachvollziehen kann sie zudem die Klage der zunehmenden Verrechtlichung des Sozialwesens, das manche Milizbehörden an ihre fachlichen Grenzen bringt. Deshalb aber das Rad zurückzudrehen, fände sie falsch. Sie ist überzeugt, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) besser sind als die früheren Laienbehörden.

Ihrem Sozialdienst gibt sie gute Noten: «Wir haben praktisch keine Rekurse, was Ausdruck unserer Professionalität ist.» Trotz Spardruck verlangt sie nun wegen der steigenden Flüchtlingszahlen mehr Ressourcen. Denn manchmal lässt sich sparen, indem man mehr Geld ausgibt – je enghemischer die Begleitung, umso tiefer die Sozialhilfequote, ist sie überzeugt. Im bürgerlichen Lager wird sie sich mit ihrer Forderung kaum Freunde schaffen.

ZVV will Tarife 3 Prozent anheben

Preis für Jahresabonnemente soll stärker steigen als für Einzeltickets und Monatskarten

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) plant auf Dezember 2016 eine Tarifrunde um durchschnittlich 3 Prozent. Der am Mittwoch veröffentlichte Antrag liegt damit höher als der Aufschlag um 2,5 Prozent, der im Sommer 2015 angekündigt wurde. Die Differenz entspricht laut ZVV-Sprecher Caspar Frey ziemlich genau dem neuen Seezuschlag, den der Regierungsrat mit seiner Leistungüberprüfung 2016 beschloss.

Teurer werden Einzeltickets, wobei es bei 1 bis 2 Zonen um einen Aufschlag von 10 Rp. auf Fr. 4.40 geht (Angaben immer für die 2. Klasse). Prozentual erfährt der Preis für die Kurzstrecke von Fr. 2.30 statt Fr. 2.20 mit 4,5 Prozent den stärksten Anstieg. Eine Tageskarte kostet künftig Fr. 17.20 statt Fr. 16.80. Gestrichen wird der Junior-Rabatt auf Mehrfahrten- und Tageswahlkarten.

Geschont werden Monatsabonnemente, sie sollen attraktiv bleiben. Für 1 bis 2 Zonen erhöht sich der Preis um 1 auf neu 85 Fr., für das ganze Verbundgebiet um 2 auf neu 242 Fr. Stärker ist

der Aufschlag für Jahresabos: Für 1 bis 2 Zonen, auch für die Städte Zürich und Winterthur, kostet es künftig 782 statt 756 Fr., was einen Anstieg um 3,4 Prozent bedeutet. Für das Verbundgebiet beträgt der Preis neu 2226 statt 2160 Fr. (+3,1 Prozent). Der 9-Uhr-Pass im Monat für alle Zonen kostet neu 134 Fr., der 9-Uhr-Tagespass immer noch 26 Fr.

Den Seezuschlag von 5 Fr. gibt es auch als 6-Fahrten-Karte für 27 Fr. Veröffentlicht hat der ZVV ebenso seine Vorschläge für ein Seezuschlags-Abonnement: Erwachsene bezahlen dafür im Monat 30 Fr. (Junioren 20 Fr.), für ein ganzes Jahr 276 Fr. (Junioren 184 Fr.).

Der ZVV begründet die Aufschläge zum einen mit dem Ausbau des Angebots und der Infrastruktur in der letzten Zeit, insbesondere mit der Eröffnung der Durchmesserlinie und dem Abschluss von 2 der 3 Etappen im Rahmen der 4. S-Bahn-Teilergänzungen bis Ende 2015. Die Einnahmen durch zusätzliche Fahrgäste könnten die entstehenden Mehrkosten nicht allein decken,

schreibt der ZVV. Dazu kommt die schon 2011 vom Bund beschlossene Erhöhung der Trassenpreise für die Benützung der Bahninfrastruktur. Sie schlägt mit einer Mehrbelastung von rund 6 Mio. Fr. zu Buche. Insgesamt ist der Antrag mit 3 Prozent Anstieg gleich wie jener der SBB für den Fernverkehr.

Er geht bis am 17. Juni in eine Vernehmlassung bei den Gemeinden, Verkehrsunternehmen und regionalen Verkehrskonferenzen. Beschlossen wird die Tarife der Verkehrsrat, dessen Entscheid die Regierung genehmigen muss.

Der ZVV hat seine Tarife letztmals Ende 2014 angepasst und will dies in Zukunft regelmässig tun. Dass dies nun alle zwei Jahre geschehe, stehe aber nicht fest, meint Frey. Man hoffe, eine jährliche Erhöhung werde nicht nötig, etwa durch die Vorgabe des Kantonsrats, den Kostendeckungsgrad zu steigern. 2015 ist dieser Wert bedingt durch das erweiterte Angebot geringfügig auf 64,3 Prozent gesunken, nachdem er seit 2012 um 3 Prozent angestiegen war.

Schönenberg hat genug

Amtsenthörung eines Gemeinderats beantragt

Felix Meier ist ein streitbarer Zeitgenosse. Das wussten die Schönenberger, als sie ihn vor zwei Jahren in den Gemeinderat wählten. Seither ist die Berggemeinde, die mit Wädenswil und Hütten in Fusionsverhandlungen steckt, aber erst recht nicht mehr zur Ruhe gekommen. Jetzt reicht es zwei Exekutivmitgliedern. Wie die «Zürichsee-Zeitung» berichtet, haben sie ein Verfahren zur sofortigen Enthebung Meiers aus dem Amt beantragt.

Die Konflikte innerhalb der Exekutive sind vielschichtig. Fest steht, dass sich Meier in entscheidenden Fragen auf ein Grüppchen von drei Ratsmitgliedern stützen kann und damit eine Mehrheit im Siebnergremium erreicht, insbesondere wenn es um die Frage der Fusion geht. Die Streitigkeiten, die sich aus dieser Konstellation ergaben, haben auch dem Horgner Bezirksrat als Aufsichtsgremium schon viel Arbeit bereitet. Dieser drohte Meier bereits einmal ein Amtsenthebungsverfahren an, falls er sich nicht an die Gesetze halte. Ge-

ändert hat sich dadurch offenbar nicht allzu viel. Zuletzt verweigerte die von Meier angeführte Vierergruppe ihre Zustimmung zu einem Kredit im Zusammenhang mit den – vom überwiegenden Teil der Stimmberechtigten geforderten – Fusionsverhandlungen.

Wie Bezirksstatthalter und SVP-Kantonsrat Armin Steinmann auf Anfrage bestätigt, tritt der Bezirksrat Horgner aber in den Ausstand, weil er sich seit Jahren mit den Konflikten beschäftigt. Der Entscheid über das weitere Vorgehen liegt jetzt beim Regierungsrat. Prognosen sind schwierig, weil die letzte vergleichbare Amtsenthebung 60 Jahre zurückliegt. Eine juristische Praxis dazu gibt es nicht. Auch Roland Wetli vom Zürcher Gemeindeamt ist aus den letzten Jahren kein Amtsenthebungsverfahren gegen einen Exekutivpolitiker auf Gemeindeebene bekannt. Die Hürden für eine Amtsenthebung lägen sehr hoch, weil Gemeinderäte durch die Volkswahl über eine hohe demokratische Legitimation verfügen.